

## SOWJETZONE

### Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) im Winter 1954/55

In der Wirtschaft der SBZ ist bisher jeder Jahreswechsel eine kritische Zeit gewesen, weil der alte Plan abgelaufen und der neue Plan wohl in den Grundzügen fertig — aber noch nicht für die einzelnen Betriebe aufgeschlüsselt war, die Produktion aber weiterlaufen mußte, wenn nicht Verluste für die Volkswirtschaft entstehen sollten. Zum Jahresbeginn 1955 ist die Arbeiterschaft der SBZ zu besonderen Leistungen aufgerufen worden, um im letzten Jahre des ersten Fünfjahrplanes dessen Ziele unbedingt zu erreichen, wenn nicht gar zu überschreiten. Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen ist buchstäblich in den letzten Stunden des alten Jahres verabschiedet worden, um die plan- und produktionstechnischen Grundlagen für einen erfolgreichen Start im Januar 1955 zu schaffen.

Am 31. Dezember 1954 wurde im Gesetzblatt der SBZ veröffentlicht, daß die Ministerien, Hauptverwaltungen, Bezirks- und Kreisräte verpflichtet seien, bis zum 31. Dezember 1954 (!) allen Betrieben die „staatlichen Aufgaben“, die Produktionsplanziffern, verbindlich zu übergeben. Man hatte weiterhin festgelegt, daß nunmehr zur Vereinfachung der bisherigen zentralistischen Planung, deren Mißerfolg augenfällig geworden war, die Aufschlüsselung der Grunddaten in den unteren Planungsinstanzen und den Betrieben selbst zu erfolgen hatte. Diese grundlegende Änderung der Planungsmethodik ausgerechnet am Jahreswechsel zu verkünden, war ein Wagnis und bedeutete eine zusätzliche Belastung für die Betriebe in der kritischen Zeit des Produktionsbeginnes. Daß dieses Experiment zu großen Störungen geführt hat, steht eindeutig fest; denn noch im Februar 1955 tagten die „zentralen Planer“ und berieten die Grunddaten zur Planung 1955. Es war also völlig unmöglich, die Aufschlüsselung für die Betriebe rechtzeitig durchzuführen.

Bisher wurde stets vor Jahresbeginn der künftige Volkswirtschaftsplan veröffentlicht. In diesem Jahre, in dem es besonders gut gemacht werden sollte, werden die Betriebe kaum vor dem März ihre Produktionsauflagen kennen. Das heißt, daß mindestens zwei Monate ohne Plan gearbeitet werden mußte. So sind also schon Verluste und Ausfälle entstanden, ehe der auch für 1955 proklamierte „Sparsamkeitsfeldzug“ (Sparsamkeit in der Verwendung von Material, Energie und den Geldern des Staatshaushaltes) richtig begonnen hatte. Wieder sind neue „Bewegungen“ geschaffen worden, u. a. die „100-Mark-Bewegung“ — die Verpflichtung für jeden Arbeiter und Ange-

stellten, im Laufe des Jahres 100 DM an Kosten durch vorbildliches Arbeiten einzusparen — und die „Kilo-Bewegung“ — die Auflage für jeden Bürger der SBZ, ein Kilo Schrott im Jahre zu sammeln. In bewährter Weise soll durch solche Mätzchen die Verantwortung für das Versagen des sowjetischen Wirtschaftssystems auf den kleinen Mann abgewälzt werden.

Es besteht allerdings Grund genug, immer wieder sparsames und wirtschaftliches Handeln zu fordern. Die staatlichen Industriebetriebe brachten dem Staatshaushalt im abgelaufenen Jahre 348,4 Mill. DM weniger Gewinn als geplant. Allein durch überhohe Ausschußquoten im Eisen- und Stahlguß sind nach *Ulbrichts* Angaben 200 Mill. DM Verlust verursacht worden, und die vom Staatshaushalt getragene Sozialversicherung mußte wegen des hohen Krankenstandes rund 60 Mill. DM zusätzlich an Barleistungen aufwenden. Die Staatsausgaben für Investitionen waren wegen der nicht geplanten Kostensteigerung von 30 vH um rund 400 Mill. DM zu hoch, und der staatliche Einzelhandel (HO) verursachte durch Bruch, Schwund und unsachgemäßes Verhalten der Verkaufskräfte Verluste, die die Gewinnabführung an den Staatshaushalt um insgesamt 221 Mill. DM im Jahre 1954 schmälerten.

Obwohl die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre der SED eine ganze Reihe von Jahren Zeit hatten, die Regeln und Erfordernisse planwirtschaftlichen Handelns theoretisch und praktisch zu studieren, sind sie noch kaum aus den Kinderschuhen des Experimentierens herausgewachsen. Wegen seiner besonderen Deutlichkeit soll hier ein Beispiel aus der Planpraxis der SBZ wiedergegeben werden.

Zur Klärung der Frage der Zuständigkeit für die Materialversorgung eines Betriebes mit Thermo-Auslöseschaltern für importierte Radial-Bohrmaschinen entspann sich folgendes „Ringenspiel“: 12. April 1954 Bestellung mit Muster an die Deutsche Handelszentrale (DHZ) Elektrotechnik, Berlin; 22. April 1954 Anfrage von dort, für welche Maschinen; 2. Juli 1954 Mitteilung, daß die Schalter wahrscheinlich in der SBZ nicht gefertigt werden. Rückgabe der Bestellung an die Zentrale Leitung der DHZ mit der Maßgabe, die Auftragsbestätigung abzuwarten; 22. Juli 1954 Mitteilung, daß auch die Zentrale Leitung der DHZ keinen Lieferer nachweisen kann; 28. Juli 1954 Anfrage beim volkseigenen Handelsbetrieb Deutscher Innen- und Außenhandel (DIA) Elektrotechnik; 4. August 1954 Antwort vom DIA, daß Angebot des Lieferlandes gefordert und überprüft werde, ob Bezug möglich sei; 7. September 1954 Anfrage beim DIA Elektrotechnik, wo Antwort auf die erste Anfrage bleibe; 10. September 1954 Übersendung der Abschrift des Schreibens vom 28. Juli 1954 an DIA Elektrotechnik, weil dieses dort nicht aufzufinden; 11. Oktober 1954

Anfrage beim DIA Elektrotechnik nach Bescheid auf das Schreiben vom 28. Juli 1954 bzw. 10. September 1954; 22. Oktober 1954 Nachricht vom DIA Elektrotechnik, daß gesamter Vorgang am 17. September 1954 an DIA Maschinen-Import übergeben wurde; 26. Oktober 1954 Mahnung des Betriebes an DIA Maschinen-Import wegen Rückäußerung auf übergebenen Vorgang vom 17. September 1954; 2. November 1954 Mitteilung von DHZ Elektrotechnik, daß alle Unterlagen vom DIA Maschinen-Import übergeben wurden und eine Beschaffung im Jahre 1954 nicht mehr möglich sei; Bedarfsplanung solle für das 2. Quartal 1955 eingereicht werden; 8. November 1954 Mitteilung vom DIA Maschinen-Import, daß Vorgang an DHZ Elektrotechnik zuständigkeitshalber übergeben worden sei.

Dieses Beispiel zeigt, wo der Hebel für Sparsamkeit und echte Verbesserungen der Plantechnik anzusetzen wäre. Sehr oft hat der staatliche Zwang zur Sparsamkeit und zur Erfüllung bestimmter Auflagen bei den Angesprochenen ein Schematisches Reagieren bewirkt, das zu höchst unerwünschten Folgen führte. Ein volkseigener Handelsbetrieb realisierte das von ihm geforderte Schrottaufkommen einfach dadurch, daß er einen bedeutenden Teil seines Ersatzteillagers für landwirtschaftliche Maschinen zu Schrott erklärte und die dringenden Anfragen aus der Landwirtschaft nach eben diesen Ersatzteilen abschlägig beantwortete. — Die Ostberliner Mitropa wurde seit Jahren in ihrer Finanzgebarung so eingeengt, daß ihr die Mittel für die notwendigsten Reparaturen an ihren zahlreichen Gaststättenbetrieben fehlten. Seit 1952 ist immer wieder auf die Reparaturbedürftigkeit der Stromleitungsanlagen ihrer behelfsmäßigen, in einer großen Baracke untergebrachten Bahnhofsgaststätte in Potsdam hingewiesen worden. Man hatte dafür nur Vertröstungen, aber kein Geld. Ende Januar 1955 ist diese Baracke infolge Kurzschluß bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Nun muß die staatliche Sachversicherung, bei der alle staatlichen Sachvermögensobjekte zwangsversichert sind, einspringen. Jetzt muß das Geld da sein. Damit ist der Mitropa jedoch nicht geholfen, weil in der Materialplanung 1955 eine Neuerrichtung dieser Gaststätte nicht vorgesehen gewesen sein kann und damit die ohnehin knappen Baustoffe nicht zur Verfügung stehen. Dieses Dilemma könnte nur eine „allerhöchste“ Entscheidung beheben, womit jedoch kaum gerechnet werden kann, weil der Bahnhof Potsdam seit eh und je Stiefkind der Bauplanung war.

Baustoffe und Investitionsmittel sind in erster Linie für militärische und industrielle Bauvorhaben und für Repräsentationsbauten der staatlichen Verwaltung vorhanden. So verschlang z. B. die Staatsoper Unter den Linden

in Ost-Berlin schon bis zum Jahre 1953 mehr als 80 Mill. DM. Die Gesamtkosten bis zu ihrer Eröffnung im September 1955 sind mit 100 Mill. DM auf keinen Fall zu hoch veranschlagt. Der Wohnungsbau in der SBZ ist nach wie vor der Leidtragende dieser Rangfolge im Bauwesen. Er kann nach den bisherigen amtlichen Angaben auch in diesem Jahre seine bisher gezeigten sehr kümmerlichen Leistungen nicht verbessern. Für 1955 sollen insgesamt 1090 Mill. DM für den staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbau und damit nur 6,9 vH mehr als im Vorjahre zur Verfügung stehen. Anstatt der im Fünfjahrplangesetz versprochenen 240 000 Wohnungen werden nach Abschluß dieses Jahres bestenfalls 150 000 Wohnungen in der SBZ und in Ost-Berlin errichtet und wiederhergestellt worden sein, und das in einem Zeitraum von fünf Jahren, während in Westdeutschland jährlich mehr als 500 000 Wohnungen neu entstanden.

Man soll natürlich nichts Unmögliches verlangen; denn auch die Bäume der sowjetzonalen Wirtschaft wachsen nicht in den Himmel. Aber kennen denn die Verantwortlichen im »Berliner Kreml« wirklich nicht die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten? Solange das Schwergewicht ihrer wirtschaftlichen Anstrengungen eindeutig bei der Grund- und Schwerindustrie und bei dem für den Export unentbehrlichen Maschinenbau liegt, kann die Lebenslage der Bevölkerung, gleichgültig ob es sich um Wohnung, Bekleidung, Ernährung oder sonstigen Bedarf handelt, nicht allgemein, sondern nur für die privilegierten Kreise verbessert werden. Daß dies nicht offen zugegeben wird, ist in dem politischen System begründet, für das jedes Schwächeeingeständnis höchst gefährlich werden kann.

Nach den bisherigen Verlautbarungen der Plankommission der SBZ werden auch in diesem Jahre die Industriezweige Kohle, Energie, Baustoffe, Chemie und Metallurgie die Planschwerpunkte bilden. Damit soll die Grundlage für eine Steigerung der Verbrauchsgütererzeugung geschaffen werden, über deren Wirksamwerden man sich jedoch ausschweigt. Besonders dringend ist die Erhöhung der Energieerzeugung, eines der schwersten Engpässe der weiteren Industrialisierung der SBZ. An neuen Kraftwerkskapazitäten sollen 1955 625 Megawatt, von denen 60 Megawatt noch Rückstände aus dem vorigen Jahre sind, installiert werden, damit die Energieerzeugung gegenüber 1954 um 16,1 vH gesteigert werden kann. Diese Steigerung betrug 1954 gegenüber 1953 angeblich nur 15 vH, obwohl nach *Selbmanns* Erklärungen im Jahre 1954 680 Megawatt, also mehr als für 1955 geplant, installiert worden sein sollen. Diese Zahlengaukelei findet ihre Erklärung darin, daß 1954 nicht 680, sondern in Wirklichkeit nur 471 Megawatt in Dauer-

betrieb genommen werden konnten und der Rest von 209 Megawatt nur im Probetrieb lief. Schon heute läßt sich sagen, daß selbst das im Vergleich zu 1954 reduzierte Energieprogramm 1955 nicht verwirklicht werden kann. Die „60-Watt-Bewegung“, die Verpflichtung für jeden Haushalt, keine stärkere Glühbirne als zu 60 Watt und von diesen in einem Raume höchstens eine einzige einzuschalten, Benutzungsverbote für elektrische Raumheizung und teilweise auch Stromabschaltungen werden der Bevölkerung auch in diesem Jahre die Fragwürdigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs deutlich machen.

Organisationsänderungen scheinen im „Haus der Ministerien“ in Ost-Berlin nach wie vor als *das* Allheilmittel zur Beseitigung solcher wirtschaftlichen Mißstände zu gelten. Das Maschinenbau- und das Schwerindustrieministerium waren vor einiger Zeit aufgeteilt worden. Im vorigen Jahre wurden sie wieder zusammengefaßt. Zum Jahresende 1954 folgten weitere Strukturänderungen. Das Staatssekretariat für Berufsausbildung wurde in das Arbeitsministerium eingegliedert. Da die Materialversorgung trotz aller Bemühungen flicht besser geworden ist und die Industrieproduktion noch immer stark beeinträchtigt, wurde dem „Staatlichen Komitee für Materialversorgung“ die Selbständigkeit genommen und es in die Plankommission eingebaut. Auch die drei Verkehrsträger Eisenbahn, Schifffahrt und Kraftverkehi wurden wieder in einem Ministerium vereinigt.

Auch auf der „unteren Ebene“, im Produktionsbereich selbst, haben die Organisationsänderungen noch kein Ende gefunden. Beispielsweise in der Textilindustrie wurden die neben den acht dem Ministerium direkt unterstehenden Betrieben existierenden Betriebsverwaltungen (VVB) aufgelöst und sog. Industriezweigleitungen geschaffen, die den Kopf einer vertikalen Gliederung bilden und Betriebe verschiedener Branchen für eine Produktion vom Grundstoff bis zum Fertigprodukt zusammenfassen. Diese konzernartigen Gebilde stehen im Gegensatz zur bisherigen horizontalen, branchenmäßigen Gliederung und sind etwas völlig Neues für die SBZ. In der Forstwirtschaft hat man nach dem sowjetischen Vorbild die bisher selbständigen Forstwirtschaftsbetriebe zu Kombinate zusammengelegt. Ob diese Maßnahmen erfolgreich sein werden, läßt sich jetzt noch nicht beurteilen.

Die hier angedeutete wirtschaftliche Lage der SBZ läßt es zweifelhaft erscheinen, daß aus den Absprachen zwischen Pankow, Warschau und Prag, die eine militärische Koordinierung für den Fall der Ratifizierung der Pariser Verträge und eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser drei Staaten vorsehen, für Polen und die Tschechoslowakei sachlich etwas herauspringt. Auch die Verkündung des Kremls, den Kriegszustand mit Deutschland als beendet

zu betrachten, wird der SBZ bei ihren östlichen Partnern kein größeres Gewicht verschaffen. Daß dieser ja schon längst fällige Schritt Moskau trotzdem zu begrüßen ist, wenn er die damit logischerweise verbundenen Konsequenzen auslöst, sei hier nur am Rande vermerkt.

Auch das Bestreben der SBZ, den innerdeutschen Handel zu verstärken und durch einen starken Ausbau der Leipziger Messe den Außenhandel zu aktivieren bei betonter Hinwendung zum westlichen Weltmarkt, muß unter dem Gesichtspunkt, daß in jedem Versuch einer autarkischen Abkapselung der Keim einer Gefahr für das friedliche Neben- und Miteinander der Völker gesehen werden kann, begrüßt werden. Hierbei wird nicht vergessen, daß diese Bemühungen der SBZ sich an den Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit messen und damit einen nicht allzu großen Spielraum besitzen.

Das neue Interzonenhandelsabkommen für 1955 sieht ein Volumen von 1 Md. Verrechnungseinheiten (DM-West) vor. Die Skepsis in der Bundesrepublik, dieser von den Zonenbehörden eindringlich verlangten Volumenerhöhung zuzustimmen, war nicht unbegründet, weil ein Handel ja nur dann sinnvoll ist, wenn beide Teile etwas zu bieten haben, und *weil* der über das Unterkonto 2 laufende allgemeine Warenaustausch bisher sehr unbefriedigend war, da die Erzeugnisse aus der SBZ beim westdeutschen Abnehmer kein oder nur ungenügendes Interesse fanden. Ohne Zweifel hätte Westdeutschland seine Lieferungen in die SBZ noch erheblich steigern können, aber womit sollten diese Waren dann bezahlt werden? In den Jahren 1953 und 1954 sind bei einem Vertrags-Gesamtvolumen von 580 Mill. Verrechnungseinheiten Rückstände von fast 50 vH auf dem Unterkonto 2 zu verzeichnen gewesen. Diese Rückstände sind jetzt einfach gestrichen und der Umfang des Unterkontos 2 ist mehr als verdoppelt worden.

Gleichzeitig wurde auf eine Wertfestsetzung der 16 von der SBZ und der 18 von der Bundesrepublik zu liefernden Warengruppen des Unterkontos 2 verzichtet, um den Warenaustausch möglichst freizügig zu gestalten. Die Realisierung dieses Abkommens hängt jetzt allein davon ab, ob die SBZ für die von ihr gewünschten Warenbezüge auch die entsprechenden, in Westdeutschland absetzbaren Gegenlieferungen bewerkstelligen kann. Am Ende dieses Jahres wird sich zeigen, ob der verstärkte innerdeutsche Handel auch den Deutschen in der Zone zugute gekommen ist, oder ob er bloß als Schleuse für die Anreicherung des Ostblocks gedient hat, indem die SBZ diese Warenbezüge über einen Re-Export zur Beschaffung von Investitionsgütern oder strategisch bedeutsamer „harter Ware“ anstatt zur Verbesserung der Versorgung der Zonenbevölkerung verwendete.

Derselbe Gesichtspunkt gilt für den Außenhandel der SBZ. Er hat seit der offiziellen Beendigung des „neuen Kurses“ in der Sowjetunion erhöhte Bedeutung gewonnen; denn *Malenkow* mußte zurücktreten, weil er die Entwicklung der Grund- und Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie vernachlässigte. Diese vom Zentralkomitee der KPdSU getroffene Entscheidung wird zwangsläufig auch die Wirtschaftspolitik der SBZ beeinflussen.

Die am 27. Februar 1955 nach mehrjähriger Pause gestartete Leipziger Frühjahrmesse sollte alle bisherigen Frühjahrmessen nach 1945 in den Schatten stellen. Die Beteiligung Westdeutschlands ist bei einer Ausstellungsfläche von 24 000 qm mehr als doppelt so groß wie im Vorjahre. Die SBZ erhofft sich einen Umsatz von 450 Mill. DM-Ost, den man nach dem illusionären Wechselkurs von 1 Dollar gleich 2,22 DM-Ost einem Werte von rund 200 Mill. Dollar gleichsetzt. Abschlüsse in dieser Höhe dürften möglich sein, aber entscheidend ist ja, ob sie dann auch zu realisieren sind. Vertreter der Außenhandelskammer der SBZ mußten zugeben, daß ein Teil der Abschlüsse der Herbstmesse 1954 (Gesamtumsatz 1352,5 Mill. DM-Ost) bisher nicht verwirklicht worden sind. Da die SBZ ohnehin noch Rückstände im Export aufzuholen hat und der Wegfall der Reparationen ab 1. Januar 1954 durchaus nicht die Leistungssituation der mitteldeutschen Industrie erkennbar erleichtert hat, drängt sich die Frage auf, ob neue Lieferverpflichtungen eingegangen werden können, ohne daß die Inanspruchnahme der Kapazitäten für diesen Zweck zu Lasten der Inlandsversorgung geht.

Wie begründet diese Sorge ist, beweisen die Nachrichten aus Mitteldeutschland. Braunkohlebriketts, eines der wichtigsten Ausfuhrüter der SBZ im Interzonen- und Außenhandel, stehen für den Bedarf der Bevölkerung nur ganz beschränkt zur Verfügung. Die Gültigkeit der Brennstoffkarte 1954 ist bis März 1955 verlängert worden. Auch Naßpreßsteine und Rohbraunkohle, die in den letzten Jahren frei zu kaufen waren, sind jetzt rationiert. Selbst die Gewerkekohle wird nur mit Teilmengen der an sich festgelegten Lieferungen an wenige, unbedingt lebenswichtige Gewerbebetriebe abgegeben. Die Lagerplätze der Kohlenhändler sind leer. Ein starker Kälteeinbruch würde die Bevölkerung der SBZ daher ungleich härter treffen als in den vergangenen Jahren.

Daß die Arbeitsbedingungen in den volkseigenen Betrieben durch solche Verhältnisse nicht unberührt bleiben, wird aus einer Geraer SED-Zeitung vom 17. Januar 1955 deutlich. In einem abgeteilten Raum eines Lagerschuppens am Südbahnhof Gera arbeiten sieben Frauen und sechs Männer. Sie sortieren Buntmetall. „Das ist nicht nur unser Arbeitsplatz, das ist auch unser Klub- und Speiseraum. Die Holzkisten sind unsere Sessel. Seit heute können

wir keinen Abort benutzen, da wir nicht mehr über das Gelände der Reichsbahn dürfen. Wir haben kein warmes Wasser, um uns waschen zu können. Unsere Umkleieräume, in denen weder Tische noch Stühle stehen, sind ungeheizt. Die Männer besitzen eine einzige Waschkübel, in der auch das Geschirr gespült wird. In den Umkleieräumen vermodern unsere Schuhe, da die Fenster undicht sind. Schmutzig gehen wir nach Hause. Ist das Hygiene?“

Das ist die viel gerühmte „Sorge um den schaffenden Menschen“ — fünf Jahre nach der Errichtung des „fortschrittlichen Arbeiter- und Bauernstaates“ der SBZ. Was nützen die Phrasen, wenn die Wirklichkeit ganz anders aussieht? Die von der SED eingeladenen Delegationen aus Westdeutschland werden nur in die wenigen Musterbetriebe geführt. Don vergessen sie, daß der alte Potemkin nicht nur in Rußland heute so lebendig ist wie zur Zeit Katharinas II. Die SED-Funktionäre versäumen keine Gelegenheit, ihre Verdienste zu preisen. Peinliche Pannen stören sie dabei nicht. So wurde kürzlich auf der Eisenbahnhauptlinie Zwickau—Plauen der zweigleisige Streckenabschnitt Zwickau—Neumark bis Reichenbach verlängert. Das neue zweite Gleis war zwar schon erheblich abgefahren, aber es wurde in Versammlungen, Zeitungsmeldungen und Schulauftreten als sichtbarer Erfolg des Aufbaus gefeiert. Nach kurzer Zeit rückten Bautrupps an und demontierten das erste, in den letzten Kriegsjahren gelegte und noch tadellose Gleis.

Die Presse der SBZ bringt laufend Pläne und Ankündigungen für die Erzeugung von sog. Massenbedarfsgütern und vertröstet die über die leeren Regale enttäuschten Käufer auf spätere, bessere Zeiten. So meldeten Betriebe aus Ost-Berlin Ende Januar 1955: Ein Dampfboiler, dessen Konstruktion noch einige Schwierigkeiten bereite, solle eventuell ab 3. Quartal 1955 in den Handel gehen; auch Geflügelscheren sollen dann bereitliegen, während für die vorgesehenen Briefeinwurfklappen Tiefziehblech-Abfälle noch fehlten; mit einer Gasbackröhre sei auch 1955 noch nicht zu rechnen, dagegen würden Schlittschuhe im Oktober zu erhalten sein; es fehlten 500 qm Zellon für eine geplante Motorrad-Vollsichtbrille. Ob auch das Angebot der Yachtwerft Köpenick sehr bedarfsgerecht ist, muß bezweifelt werden; es besteht aus „Rauchtischen, Blumenständern, Blumenbänken, Blumenhockern, Kohlenkästen und Teewagen“. Die Massenbedarfsgüteraktion entspricht in ihren Ergebnissen leider selten dem dringendsten Bedarf der Bevölkerung und droht, zu einem Selbstzweck zu werden.

Zur Besänftigung der Ostberliner wurde am 20. Dezember 1954 der Einkauf durch Westberliner in der HO und in den Gaststätten des Sowjetsektors gegen Ostmark verboten. Von da an mußte alles zum Kurse von 1:1 in Westmark bezahlt werden, eine Anordnung,

die im Januar auf die ganze Zone ausgedehnt wurde. Dies hatte zur Folge, daß — zuerst in Ost-Berlin, später auch in der Zone rings um Berlin — bei jedem Einkauf oder Gaststättenbesuch der Personalausweis vorgelegt werden muß. Der Grund für diese Maßnahme lag in der großen Warenknappheit. Dagegen ist die sog. Geschenkpaketverordnung vom Januar 1955 nichts als eine schikanöse Maßnahme gegen die Bevölkerung. Jeder Bewohner der SBZ darf monatlich nur eine Geschenksendung erhalten und versenden. Für eine ganze Reihe von Waren besteht Beförderungssperre. Aus Westdeutschland geschickte luftdicht verschlossene Behältnisse werden beschlagnahmt, gleichgültig ob Neskafee oder Schmalz in Dosen. Es könnte ja eine Waffe oder Geld darin verborgen sein!

Die Erregung der Bevölkerung war durch den Winter-Schluß-Verkauf der HO vom 20. Januar bis 5. Februar 1955 nicht zu besänftigen. Er umfaßte nicht nur Saisonware,

sondern auch Möbel, Radioapparate usw. und wurde als zeitbegrenzte Preissenkung soweit als möglich ausgenutzt. Im wesentlichen war dies jedoch nur in Ost-Berlin möglich, weil das Warenangebot für die ganze Zone nicht ausgereicht hätte. Die im ganzen gesehen geringe Bedeutung dieses Versuches, die überschüssige Kaufkraft der Bevölkerung über die HO wieder dem Staat zuzuführen, beweist der unaufhaltsam steigende Bargeldumlauf, der Mitte Januar mit 4,6 Md. DM um 800 Mill. DM über dem Stande vom Jahre zuvor lag.

Zum Schluß bleibt dem Chronisten noch die Feststellung, daß sich die Belieferung der Fettmarken mit Butter für die fünf obersten Kartenkategorien gegenüber Februar 1954 erheblich verschlechtert hat: die Karten A statt 100 vH nur noch 50 vH Butter, B statt 83 vH nur noch 50 vH und B (Ost-Berlin) und C statt 50 vH nur noch 33 vH Butter, also eine Nivellierung, jedoch nach unten statt nach oben.

*Walter Meier*